Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 20 (2000)

Heft: 39

Artikel: Die Neue Mitte und die Neuen Macher : Modernisierung oder Demontage der Arbeitnehmergesellschaft?

Autor: Vester, Michael

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651555

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Michael Vester

Die Neue Mitte und die Neuen Macher

Modernisierung oder Demontage der Arbeitnehmergesellschaft?*

Die SPD steht vor einem konzeptionellen Problem. Die Siegesformel der Bundestagswahl 1998 – Innovation und Gerechtigkeit – wirkt heute hohl. Versprochen war 1998 eine Politik, die die Kräfte der Gesellschaft mobilisiert und zugleich besser integriert. Im Klartext sollte dies zweierlei heißen: Erstens Aktivierung der eigenverantwortlichen Leistung, in der Wirtschaft wie auch im sozialen Engagement. Zweitens sollten die sozialen Ungleichheiten wieder abnehmen. „Am Abbau der Arbeitslosigkeit wollen wir bei der nächsten Wahl gemessen werden", verkündete der neue Kanzler Gerhard Schröder.

Im Wahlkampf von 1998 waren auch die sozialen Gruppen neu entdeckt worden, die diese Modernisierung tragen sollten: die Berufsgruppen der „Neuen Mitte". Das SPD-Wahlprogramm nannte sie: „hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, vorausschauende und engagierte Manager und Unternehmer, innovative und flexible Mittelständler, Handwerker und Freiberufler, mutige Existenzgründer, hervorragend ausgebildete InformatikerInnen, ÄrztInnen und IngenieurInnen, erfindungsreiche Techniker und Wissenschaftler." Für Schröder waren diese „gesellschaftlichen Leistungsträgerinnen und Leistungsträger" die neuen und produktiven Kräfte der Gesellschaft, die Helmut Kohls CDU nicht mobilisieren, nicht bündeln und nicht ins neue Jahrtausend führen konnte. Ihnen bot er einen „neuen Gesellschaftsvertrag" an, „ein großes Bündnis der Modernisierer aller gesellschaftlichen Gruppen." – Wirklich *aller* Gruppen?

In der Geschichte der Bundesrepublik haben verschiedene gesellschaftspolitische Integrationsmodelle, die stufenförmig aufeinander aufbauten, einander abgewechselt. Daraus hat sich ein spezifischer „Pfad" des westdeutschen regulierten Kapitalismus und der westdeutschen regulierten Klassengesellschaft entwickelt, der sich von den „Pfaden" der übrigen hochentwickelten Gesellschaften unterscheidet. Der westdeutsche Pfad kann mit einigem Recht als „Arbeitnehmergesellschaft" bezeichnet werden: durch eine nicht gleiche, aber doch bedeutsame Teilhabe der Arbeitnehmer an der Gesellschaft. Dies war mit einer Veränderung der Klassenstrukturen verbunden.

Von 1950 bis 1990 schrumpfte der konservativ-ständische *alte Mittelstand* der kleinen Landwirte, Kaufleute und Handwerker von etwa 25 Prozent auf weniger als 5 Prozent der Bevölkerung. Zugleich wuchs der *neue Mittelstand* der Angestellten von 20 Prozent auf fast 60 Prozent, zu einer großen Arbeitnehmergruppe, die den alten ständischen Dünkel nach und nach aufgab und sich an die industrielle Arbeiterschaft annäherte. Für die *Arbeiter* schwanden die alten Merkmale der sogenannten „Proletarität", das heißt die unsichere Beschäftigung, die soziale Rechtlosigkeit und die

eher geringe Fachqualifikation. Durch erkämpfte Rechte, hohes Fachkönnen und relative soziale Sicherheit erlangten sie ihrerseits Standards der sozialen „Mitte".

Die Voraussagen einer Verbürgerlichung oder blinden Konsumhörigkeit der Arbeiter erfüllten sich dadurch nicht. Vielmehr verloren die erodierenden bürgerlichen und kleinbürgerlichen Gruppen ihre Bedeutung als Leitmilieus. Dadurch verlor auch die CDU/CSU in den sechziger Jahren zum ersten Mal ihre kulturelle und politische Hegemonie an die SPD.

Jahrzehntelang hatte die konservative Spielart der „Arbeitnehmergesellschaft" die Abwanderung der konservativeren Arbeitnehmer von der Union zur SPD gebremst. 1998 aber verlor die Union so viele dieser Wähler, daß sie keine Mehrheitskoalition mehr bilden konnte. Der von Kohl ins Abseits gestellte CDU-Modernisierer Heiner Geißler hat Recht, wenn er diese herbe Niederlage damit erklärt, daß die Union den rheinischen Kapitalismus immer mehr durch neoliberale Experimente abgebaut hat – nicht zuletzt durch den Angriff auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall im Herbst 1996.

Die Parole der „Neuen Mitte" ist zwar eher zufällig, als Werbekonzept des Wahlkampfes von 1998, enstanden. Doch reagierte sie durchaus auch auf *tiefgreifende Veränderungen* der sozialen Klassenstrukturen und Milieus, die erst *nach* den Regierungsperioden von Brandt und Schmidt zum Tragen kamen. Verbunden wurden sie mit Begriffen wie „Dienstleistungsgesellschaft", „Wissensgesellschaft", „Individualisierung" und „Postmaterialismus". Ein Diskurs, eine Verständigung darüber, was diese Begriffe bedeuten, fand jedoch selbst im Wahljahr nicht statt. Dies hat zu einem wesentlichen Mißverständnis darüber geführt, wer die „Neue Mitte" ist und wie mit ihr umzugehen ist, nachdem feststand, daß sie nach dem großen Wahlsieg gründlich und nachhaltig verprellt wurde.

Wahlergebnisse

Die SPD gewann die „Neue Mitte" am 27. September 1998 tatsächlich. Sie zog vor allem frühere CDU/CSU-Wähler, Grün-Wähler und Nichtwähler zu sich herüber. Der Stimmenzuwachs der SPD (von 36,4 Prozent auf 40,9 Prozent) kam vor allem aus der modernen Arbeitnehmermitte; die SPD verbesserte sich bei den Arbeitern auf 48 Prozent (bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern sogar auf 61 Prozent), bei den Angestellten auf 42 Prozent (CDU/CSU 31 Prozent). Warum ist der neuen rot-grünen Koalition inzwischen die so gewonnene Mehrheit zerronnen? – Zur Klärung dieser Frage müssen wir die sozialen Milieus der Gesellschaft und ihren Wandel näher betrachten.

Sträflich ignoriert hat die rot-grüne Koalition, daß sie die untersten sozialen Milieus, denen sie den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit versprochen hatte, von Anfang an kaum mobilisieren konnte. Dies ist umso erstaunlicher, als die Milieus der soziale Unterprivilegierten, die durch geringe Ausbildung und unsichere Erwerbschancen benachteiligt sind,

immerhin 12 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Da die Arbeitsplätze geringer Qualifizierter immer mehr in die Billiglohn-Länder abwandern, stellen sie das Gros der Dauerarbeitslosen und der unsicher Beschäftigten. Eine Wahlkampagne zugunsten der Erfolgreichen, das heißt, der Leistungsträger der „Neuen Mitte", und die Brandmarkung der Arbeitslosen als Leistungsunwillige und Mißbraucher des sozialen Netzes empfinden sie als Hohn.

Auch wenn viele der Unterprivilegierten aus früherer Tradition noch die großen Volksparteien wählten, nahm der Anteil der Nichtwähler und der rechten Protestwähler bei ihnen zu. Die SPD konnte hier zwar frühere CDU-Wähler gewinnen, aber kaum den überdurchschnittlich hohen Anteil der *resignierten Nichtwähler* mindern. Die Wahlbeteiligung lag in vielen großstädtischen Problemvierteln 7 Punkte unter dem Durchschnitt. Die *Rechtsextremen* blieben im Bundesdurchschnitt zwar unter der 5 Prozent-Hürde. Aber sie erreichten doch 4 Prozent, bei den Arbeitslosen sogar 7 Prozent und bei den Männern unter 24 Jahren 11 Prozent.

Die Hessenwahl 1999 ging den Rot-Grünen dann nicht nur wegen der Schwäche der Grünen verloren, sondern auch deswegen, weil die SPD in den unterprivilegierten Ortsteilen und Milieus kaum mobilisieren konnte. Die Demobilisierung dieser Milieus zeigte sich noch stärker bei der Europawahl im Juni 1999, als die SPD 8 ihrer 20 Millionen Bundestagswähler verlor. Im Herbst erlitt sie auch verheerende Verluste in Brandenburg (-14,8 Prozent), im Saarland (-5,0 Prozent), in Thüringen (-11,1 Prozent) und in den Kommunen Nordrhein-Westfalens (-8,4 Prozent).

Ab November 1999 gaben die Finanzskandale der CDU der SPD wieder Oberwasser. Schröder änderte seine Spar- und Deregulierungspolitik nicht, verpackte sie aber vermehrt in sozialer Rhetorik, indem er insbesondere soziale Sicherungen für die sozial Schwachen versprach. Hinzu kam ein Aufschwung der westdeutschen Exportindustrien, durch den die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland leicht sank. Die Regierung verkaufte dies als ersten Erfolg ihres Sparkurses. Tatsächlich beruhte die Zunahme der Exportnachfrage vor allem auf der Euro-Schwäche gegenüber dem Dollar. Demgegenüber blieben bis zum Sommer 2000, gerade wegen der Spar- und Deregulierungspolitik, die Binnennachfrage und die Staatsnachfrage zu gering. Infolgedessen blieb das Wachstum unter 3 Prozent, d.h. unter dem Punkt, an dem stärkere Beschäftigungseffekte möglich werden.

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 14. Mai 2000 zeigte daher auch keine Wende der negativen Trends. Die Wahlbeteiligung sank um 7,3 auf 56,7 Prozent, ein Rekordtief. SPD und Grüne verloren je etwa 3 Prozent. Dagegen erholte sich die FDP Möllemanns um 5,8 auf 9,5 Prozent. Durch eine geschickte Mischung von Gewinnerrhetorik und Populismus konnte sie Teile der neuen Aufsteigermilieus, auf die die rotgrüne Koalition vergeblich zielte, gewinnen.

Die Höhe der Verluste der Sozialdemokraten, meist noch an die Nichtwähler, läßt sich nicht allein aus den Milieus der Unterprivilegierten verstehen. Die „Neue Mitte" selber war verprellt. - Wie ist das zu erklären?

Eine neue Massenpsychologie

Die Reaktion der SPD-Führung auf die Verluste wirkt nach wie vor hilflos. Ihre Verluste führt sie nicht auf ein politisches Vertrauensproblem zurück, sondern auf die Bequemlichkeit des Wahlvolks, das bei sonnigem Wetter nicht wählen gehe und auch die Sparpolitik der Regierung „noch nicht" verstehe. Dies zielt auf eine massenpsychologische Erklärung der Verluste, die vor allem der Problemsicht von Politikern entspricht, die für die Sparpolitik eine ideologische Begründung suchen. In ihrer Perspektive dominiert die Sorge um knappe Haushaltsmittel. Daraus wurde, vereinfacht gesagt, geschlossen, daß die Wähler nur aufs Geld aus seien. Vor allem den vermutlichen „Stammwählern" der SPD wurden rein materialistische oder genußorientierte Motive unterstellt: Man wolle nur das Geld bzw. eine lebenslange Betreuung des Staates und scheue es, selber etwas zu leisten oder Verantwortung zu tragen.

Viele blickten jetzt auf das Erfolgsrezept von Tony Blairs New Labour. Dessen Vordenker, Peter Mandelson und Anthony Giddens, rieten der SPD, sich von der „schrumpfenden Basis der traditionellen Arbeiterschicht" zu lösen, die nur materielle Umverteilung wolle, um sich auf der komfortablen Vergangenheit auszuruhen. Stattdessen müsse man auf die neuen Dienstleistungsschichten und ihre „postmaterialistischen Werte" – „jenseits von links und rechts" – setzen: auf Ökologie, Gleichstellung der Frauen, Multikulturalität, Pluralität der Lebensstile usw.

Im ‚stern' definierte Giddens den neuen Träger der Politik noch deutlicher als Mitte zwischen den Extremen. Es geht um die Belohnung der vollbeschäftigten Leistungsträger. Sie grenzt er nach zwei Richtungen ab. Nach unten gegen die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, die aufgrund der zu hohen sozialstaatlichen Leistungen kein Motiv zum Arbeiten haben und daher die Arbeitslosigkeit hauptsächlich verursachen. Nach oben gegen die Reichen, die nur von ihrem Erbe leben: eine Umverteilung durch Erbschaftssteuer sei durchaus angebracht.

Giddens' Dreistufen-Modell enthält nicht nur eine starke Abwertung der anderen Gruppen, die, nach der alten puritanischen Arbeitsmoral, als faul, sittenlos und selbstsüchtig dargestellt werden. (Eine Rechtfertigung für das sozialdarwinistische „no pity for the poor!") Es enthält außerdem eine besondere Idealisierung der eigenen Gruppe. Sie, die Besserverdienenden, werden von der Forderung nach Umverteilung ausgenommen. Diese Diagnose mündet in einen neuen puritanischen Tugend-Diskurs. Der Staat müsse die Bürger zum Sparen und zur Eigenverantwortung „aktivieren" und alle Möglichkeiten des „Mißbrauchs" und der Verschwendung der sozialen Leistungen abbauen.

Die gesamte Argumentation ist, wie auch das Schröder-Blair-Papier, auf das englische Sozialmodell nach Thatcher abgestimmt. Die Labour Party vor Blair klebte tatsächlich noch am traditionellen Arbeitermilieu, das dort auch noch gut 20 Prozent umfaßt (viermal soviel wie in der Bundesrepublik). Blair hat neue Milieus erreicht, aber ihnen auf gewisse Weise die alten

geopfert. Nach Thatcher fand er eine breite Lohnspreizung vor: unterhalb der gesicherten Arbeitnehmermitte war ein großes Spektrum „prekärer", also ungesicherter Arbeits- und Armutsverhältnisse entstanden. Aus dieser Not wurde nun eine Tugend gemacht: eine gewisse *Schadensbegrenzung* durch sehr niedrige Hilfssätze, die als Ansporn wirkten, sich in Niedriglohnbereichen Jobs zu suchen.

Auch viele frühere leitende Angestellte und mittlere Unternehmer im fraglos etwas unmodernen englischen Kapitalismus lagen nach Thatchers Roßkur auf der Straße und wanderten als „neue Unternehmer" in modernen Branchen – oder auch in die neuen Billiglohnzonen. Sie werden nun als Jobgeber hofiert. Ein Wiedererstarken der Gewerkschaften gilt in diesem Modell eher als störend. Im Schröder-Blair-Papier fehlt daher auch das korporatistische Aushandlungsmodell zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, das auf dem Kontinent für sozialen Frieden – und eben auch für hohe Produktivität – sorgte.

Die Milieus der Arbeitnehmergesellschaft

Die neuen massenpsychologischen Theorien beruhen zum größten Teil auf Rückschlüssen, die – wie früher im orthodoxen Marxismus – aus den *wirtschaftlichen* Veränderungen abgeleitet sind. Direkte Untersuchungen der *sozialen Lagen* und *Mentalitäten* (die bei diesen Theorien fehlen) stützen eine ganz andere These. Richtig ist zwar, daß der Anteil der Dienstleistungen enorm zugenommen hat. Die Angestellten sind heute mit fast 60 Prozent gegenüber den industriellen Arbeitern (37 Prozent) in der Mehrheit. Aber dies ist nur eine *horizontale Verschiebung* zwischen den Wirtschaftszweigen. Die vertikale Ungleichheit ist dadurch nicht verschwunden. Auch die Dienstleistenden sind Arbeitnehmer, oft auch in unsicheren Lagen. Daher gibt es auch ein gemeinsames Interessenbewußtsein gegenüber dem Staat und den Unternehmen.

Die *Arbeitnehmermilieus*, die wir gründlich und repräsentativ untersucht haben, bilden mit 76 Prozent die große Mehrheit der Bevölkerung. Nach ihrer Mentalität teilen sie sich in verschiedene Einzelmilieus. Diese Unterteilungen richten sich aber nicht danach, ob sie Dienstleistende sind, sondern eher nach ihrem Qualifikationsnivau, das wiederum wesentlich von der kulturellen Tradition des jeweiligen Milieus abhängt. Die Milieus sind in gewissem Sinne die *Nachfahren* der früheren Stände, Klassen und Schichten. Konkret drückt sich dies in den drei großen, in sich weiter unterteilten Milieu- und Mentalitätstraditionen etwa folgendermaßen aus.

Zur *facharbeiterischen Traditionslinie* (ca. 30 Prozent) gehören Arbeiter und Angestellte, die eigenverantwortliche und qualifizierte Facharbeit leisten und dafür aber auch nicht als Untertanen im Betrieb behandelt werden wollen. Zur *kleinbürgerliche Traditionslinie* (ca. 23 Prozent) gehören Arbeiter und Angestellte, für die Pflichterfüllung und die Einordnung in Hierarchien wichtig sind. Aber dafür erwarten sie im Gegenzug auch Fürsorge und soziale Verantwortung von den Unternehmern und Vorgesetzten.

Beide Milieutraditionen, die immerhin die gute Hälfte der Bevölkerung bilden, verstehen also die Arbeitnehmergesellschaft als einen Pakt auf Gegenseitigkeit. Die facharbeiterische Linie erwartet Leistung gegen Leistung, die kleinbürgerliche Loyalität gegen Loyalität. Von der beschworenen verantwortungslosen Hängematten-Mentalität kann keine Rede sein. Auch mit den beiden übrigen Arbeitnehmermilieus ist es nicht so einfach. Sie sind tatsächlich nicht so definitiv in die Arbeitswelt integriert. Aber dies hat weniger „massenpsychologische" als strukturelle Gründe.

Zum einen gibt es die stark *erlebnisorientierten Jugendmilieus* (ca. 11 Prozent), die aus den Kindern der genannten großen Traditionslinien bestehen. Sie befinden sich in der jugendtypischen Phase der Rebellion gegen die Leistungs- und Pflichtethik der Eltern. Dies zeigt sich vor allem in der Freizeit, während sie ansonsten doch zur Schule, zur Hochschule und zu ihren Jobs gehen und übrigens die arbeitnehmerischen Werte teilen. Zum anderen gibt es die *Traditionslinie der Unterprivilegierten* (ca. 12 Prozent), die aufgrund geringerer Qualifikation teils auf Gelegenheitsjobs, teils auch auf Routinejobs in Industrie und Dienstleistungen verwiesen sind. Diese Jobs eignen sich nicht zu hoher Identifikation und Mitverantwortung, sondern sind Mittel zum Zweck des Geldverdienens. Aber die Jobs sind hart und die Verdienste bescheiden, so daß die Rede vom Konsum-Materialismus an der Realität vorbeigeht.

Vom sicheren zum prekären Wohlstand

Die sozialen Lagen der Arbeitnehmermilieus sind seit den siebziger Jahren schrittweise unsicherer geworden. Am stärksten trifft dies die 12 Prozent Unterprivilegierten. Es trifft aber nicht zu, daß sie nur wegen der hohen Sozialleistungen nicht arbeiten gehen. Die Dauerarbeitslosigkeit, die sich in diesen Milieus konzentriert, liegt vielmehr an der Abwanderung der geringer qualifizierten Industriejobs in Billiglohnländer. Die Arbeitslosen- oder Sozialhilfe (1997 im Schnitt ca. 1022.- bzw. 856.- DM) ist kein Motiv zum Faulenzen. Sie liegt längst erheblich unter dem durchschnittlichen Nettoeinkommen (um 2700.- DM). Zu den unterprivilegierten Milieus gehören auch die meisten der 8,7 Prozent Armen unserer Gesellschaft, die weniger als 924.– DM monatlich haben. Die Motive, zur Vermeidung eines „deklassierten" Lebensstandards auch einfache Arbeit anzunehmen, sind offensichtlich sehr wirksam. Trotz der Dauerarbeitslosen ist die Mehrheit der Milieus, wenn auch oft unsicher, beschäftigt.

Die im Lebensstandard darüber liegenden großen Milieus der gut ausgebildeten und besonders leistungsorientierten Arbeitnehmermitte (64 Prozent) schwimmen keineswegs im Überfluß. In diese Milieus wirken zwei verschiedene soziale Schieflagen hinein. Ihr unterer Teil lebt oft im prekären (d.h. ungesicherten) Wohlstand. Ein alltäglicher Schicksalsschlag – Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Scheidung usw. – kann sie unter die Armutsgrenze bringen. Eine neue Untersuchung des Caritas-Verbands hat festgestellt, daß in der Bundesrepublik etwa 20 Millionen (25 Prozent) im „prekären Wohlstand" leben.

Noch mehr Angehörige der Milieus, vermutlich deutlich mehr als 20 Millionen, waren durch den wirtschaftlichen Strukturwandel seit den siebziger Jahren bereits einmal oder mehrmals arbeitslos und mußten sich auf neue und sehr oft schlechtere Beschäftigungen umstellen. Nur 1,2 Prozent haben es abgelehnt, im Sinne der Zumutbarkeitsregel ein Verdienst in Höhe der bisherigen Arbeitslosengelder bzw. -hilfen anzunehmen. Nach Umfragen sind insgesamt die meisten Arbeitnehmer bereit, bei Entlassungen schlechtere Arbeitsbedingungen anzunehmen: längere Arbeitswege (74 Prozent dafür), schlechtere berufliche Positionen (61 Prozent) oder geringeres Verdienst (52 Prozent). Für viele ist dies inzwischen auch Realität. Untersuchungen bestätigen außerdem seit langem, daß für viele der Lebensstandard zwar noch einigermaßen sicher ist, aber mit sehr hohen Belastungen, Pendlerwegen, Mehrarbeit und Abwesenheiten von der Familie bezahlt wird.

Es ist nicht einfach „Sozialneid", sondern der Sinn für soziale Gerechtigkeit, wenn die moderne Arbeitnehmermitte die Zunahme sozialer Ungleichheit kritisiert. Schon 1985 hatten 3,1 Prozent der privaten Haushalte – die Selbständigen – 28,8 Prozent der Einkommen, wenn wir die Einkommen aus Vermögen mitrechnen. Das Geldvermögen der privaten Haushalte stieg von 1990 bis 1997 um 67 Prozent, nämlich von 3,2 auf 5,3 Billionen DM. Das Gebrauchs- und Immobilienvermögen betrug 1997 13,9 Billionen DM. 50 Prozent davon waren in den Händen der oberen 10 Prozent der Haushalte. Von 1980 bis 1997 stiegen die Nettolöhne um 20 Prozent, die Nettogewinne aber um 119 Prozent.

Es gibt aber auch relative Gewinner der Modernisierung in den Arbeitnehmermilieus. Im oberen Viertel der Mitte finden sich Gruppen, die sozialen Abstieg wenig fürchten und sich durch hohen Arbeitseinsatz und hohe Dienstleistungsqualifikationen auch relativ gesichert fühlen. Sind hier die postmateriellen, an materiellen Verteilungsfragen nicht mehr interessierten (weil materiell zufriedengestellten) Milieus, von denen die neue Tugendlehre spricht?

Die Milieus der „Neuen Mitte"

Die These von der passiven und unverantwortlichen Mentalität trifft nachweislich nur für kleine Minderheiten zu, nicht aber für die große Arbeitnehmermehrheit. Ebensowenig trifft zu, daß die Arbeiter ebenso wie die Angestellten in einem unbeweglichen Traditionalismus verharrten. Sie stellen vielmehr die *Mehrheit der „Neuen Mitte"*. Gerade die deutsche Entwicklung hat in den meisten, wenn auch nicht allen Milieus besonders drei Tendenzen der Modernisierung gefördert. Erstens die sogenannte *„Teilnahme-Revolution"*: Seit den fünfziger Jahren wurde mit der Teilhabe und den höheren Mitwirkungsrechten in Betrieb und Gesellschaft auch der alte Macht-Ohnmacht-Gegensatz zurückgedrängt. Wer mitwirkt, erwartet auch nicht passiv alle Segnungen von oben. Es gibt harte Interessengegensätze, aber sie werden aktiv ausgehandelt. Die „Teilhabegesellschaft" (stake holder society) von Blair gibt es in der Bundesrepublik also schon

Traditionslinien sozialer Milieus in West- und Ostdeutschland

Die vertikalen Milieustufen und ihre horizontale Differenzierung nach Traditionslinien	Differenzierung der Traditionslinien: Untergruppen (-) und Generationen (a,b,c) in Westdeutschland (1982-1995)	Differenzierung der Traditionslinien: Untergruppen (-) und Generationen (a,b,c) in Ostdeutschland (1991-1997)
1. **Hegemoniale Milieus** (zwischen 22% und 25%)		
1.1. Traditionslinie von **Macht und Besitz**: Milieus der wirtschaftlichen und hoheitlichen Funktionseliten (ca. 10%)	Konservativ-technokratisches Milieu (ca. 9% - ca. 10%)	- Rationalistisch-technokratisches Milieu (ca. 6% - ca. 0%) - DDR-verwurzeltes Milieu (ca. 0% - 7%)
1.2. Traditionslinie der **Akademischen Intelligenz:** Milieus der humanistischen u. dienstleistenden Funktionseliten (ca. 10%)	Liberal-intellektuelles Milieu (ca. 9% - ca. 10%), m.zwei Teilgruppen: - Progressive Bildungselite (ca. 5%) - Moderne Dienstleistungselite (ca. 4%)	Bürgerlich-humanistisches Milieu (ca. 10% - ca. 8%)
1.3. Traditionslinie der kulturellen **Avantgarde** (ca. 5%)	- Alternatives Milieu (ca. 5% -0%) - Postmodernes Milieu (0%- ca. 5%)	Linksintellektuell-alternatives Milieu (ca. 7% - ca.7%)
2. **Milieus der "respektablen" arbeitenden Klassen** (zw. 64% und 66%)		
2.1. **Facharbeiterische** Traditionslinie (zw. 27% und 30%)	(a) Traditionelles Arbeitermilieu (ca. 10% - ca. 5%) (b) Leistungsorientiertes Arbeitnehmermilieu (ca. 20% - ca. 18%) (c) Modernes Arbeitnehmermilieu (0% - ca. 7%)	(a) Traditionsverwurzeltes Arbeiter- und Bauernmilieu (ca.27%-ca.12%) (ba) Aufstiegsorientiertes Pioniermilieu (0% - ca. 8%) (bb) Modernes Arbeitnehmermilieu (0% - ca. 9%)
2.2. **Ständisch-kleinbürgerliche** Traditionslinie (zw. 32% und 23%)	(a) Kleinbürgerliches Arbeitnehmermilieu (ca. 28% - ca. 15%) (b) Modernes bürgerliches Milieu (0% - ca. 8%)	(a) Kleinbürgerliches Milieu (ca. 23% ca. 12%) (ba) Status- und karriereorientiertes Milieu (ca. 9% - ca. 5%) (bb) Modernes bürgerliches Milieu (0% - ca. 10%)
2.3. Avantgarde der **Jugendkultur** (ca. 10%)	Hedonistisches Milieu (ca. 10% - ca. 11%)	- Subkulturelles Milieu (ca. 5% - 0%) - Hedonistisches Milieu (0% - ca. 10%)
3. Traditionslinie(n) der **Unterprivilegierten** (zwischen 8% und 13%)	Traditionsloses Arbeitnehmermilieu, mit drei Teilgruppen: - Statusorientierte (ca. 3%) - Resignierte (ca. 6%) - Unangepaßte (ca. 2%)	- Traditionsloses Arbeitnehmermilieu (ca. 8% - ca. 13%) - Hedonistisches Arbeitermilieu (ca. 5% - ca. 0%)

Hinweise auf Untersuchungen und repräsentativen Befragungen seit 1991 siehe Michael Vester et al., 2000: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt/M.

länger. Zweitens die sogenannte *„Kompetenz-Revolution"* der Wissensgesellschaft: Seit den sechziger Jahren sind mit den neuen Technologien und intelligenten Arbeitsqualifikationen die Bildungsstandards in immer mehr Bereichen erheblich angestiegen. Das macht immer mehr Beschäftigte fähig, ohne Anweisungen von oben eigenverantwortlich zu handeln. Machthierarchien verlieren ihre sachliche Grundlage. Drittens die *Emanzipation der Lebensstile*: Auch in der Freizeit sind Selbstverwirklichung und eigene Gestaltung der Lebensentwürfe wichtiger geworden. An die Stelle von Konformität und Unterordnung ist oft, wenn auch nicht überall, ein stärkeres Aushandeln und mehr Respekt vor den Einzelnen getreten. Die Frauen sind hier Schrittmacher.

Alle diese Veränderungen bekräftigen, daß die neuen massenpsychologischen Schemata, die heute immer noch von der Unmündigkeit der Menschen ausgehen, den großen gesellschaftlichen Milieus nicht mehr gerecht

werden. Die Modernisierung hat allerdings nicht alle Milieus gleichermaßen verändert. Doch immerhin ist die kleinbürgerliche Traditionslinie, die am alten Mittelstand orientierte *„Alte Mitte"*, auf etwa 23 Prozent heruntergeschmolzen. Und unter diesen sind jetzt auch 8 Prozent modernerer Angestellter in Banken und Verwaltungen, deren Hierarchiedenken durch tolerantere Lebensstile gemildert ist.

Am entschiedensten aber hat sich die *„Neue Mitte"* in den Arbeitnehmermilieus der *facharbeiterischen Traditionslinie* herausgebildet, wo die angeblich modernisierungsfeindlichen Stammwähler der SPD zu Hause sind. Die *„traditionellen Arbeitermilieus"*, für die die Welt noch von den Mächtigen beherrscht war und ihnen selbst nur eine passive, ohnmächtige Rolle zukam, sind auf bloße 5 Prozent geschrumpft, meist resignierte Menschen im Rentenalter. Die Zahlen dieser Gruppe für England und Frankreich liegen weit höher, bei 21 Prozent und 28 Prozent. Dies liegt vermutlich daran, daß dort die Hierarchien noch steiler, die Mächtigen selbstherrlicher, die Mitwirkungsrechte von unten ungewohnter sind.

Die mittlere Generation der facharbeiterischen Traditionslinie hat ihre Grunderfahrungen im modernisierten Sozialstaat unter den Regierungen von Willy Brandt und Helmut Schmidt in den siebziger Jahren gemacht. Sie konzentriert sich in dem großen *„Leistungsorientierten Arbeitnehmermilieu"*, das mit etwa 18 Prozent fast ein Fünftel der (westdeutschen) Bevölkerung ausmacht. (In Ostdeutschland ist die entsprechende Gruppe etwa halb so groß.) Das Selbstbewußtsein gründet sich hier auf modernes Fachkönnen, erkämpfte Rechte und die Überwindung der proletarischen Lebensweise in Not, Enge und Unterordnung. Das Milieu erwartet, umfassend an den sozialen Chancen und Bildungschancen teilhaben zu können. Da aber auch gut qualifizierte Arbeitnehmer seit den achtziger Jahren besonders von vorübergehender Arbeitslosigkeit und stagnierenden Einkommen betroffen sind, besteht seit langem große Enttäuschung über alle Parteien. Die Hälfte der „Leistungsorientierten Arbeitnehmer" gehört zu den Kerngruppen der sogenannten *„politischen Verdrossenheit"*. Der Ärger wird in der Regel nicht auf Ausländer oder sozial Schwache gelenkt, sondern begründet tiefe *Zweifel* daran, daß in der Gesellschaft *Leistung sich noch lohnt und die Mächtigen nicht bevorzugt werden.*

Diese Meinung hat auch die jüngste Generation, obwohl sie aufgrund sehr hoher Qualifikationen eher selten arbeitslos ist. Ihre Angehörigen bilden das *„Moderne Arbeitnehmermilieu"*, mit derzeit gut 7 Prozent. Als Gruppe der weltoffenen praktischen Intelligenz sind sie besonders in innovativen Branchen mit neuen Technologien sowie in Sozial- und Verwaltungsdienstleistungen tätig, häufig mit Fachhochschulabschluß. Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und soziale Mitverantwortung sind zentrale Werte. Dazu gehört die Offenheit für lebenslanges Lernen und unkonventionelle Lebens- und Politikformen. Dieses Milieu setzt postmaterielle Werte und individuelle Freiheiten hoch an – und verbindet dies gleichzeitig mit einer hohen Sensibilität für gerechte Verteilung materieller Güter und für soziale Solidarität. Besonders dieses Milieu ist von großer Bedeutung,

weil es immer noch rasch wächst und weil zu ihm die wichtigsten Meinungs-Multiplikatoren im Alltag gehören.

Insgesamt vertritt also die „Neue Mitte" der Arbeitnehmer weder einseitig die alte „materialistische" Verteilungsmentalität noch die neue „postmaterialistische" Individualisierung. Sie vertritt eine *Synthese* beider *innerhalb des Modells der Arbeitnehmergesellschaft*: den Ausgleich zwischen oben und unten in der Gesellschaft und gleichzeitig Ermunterung der Eigenverantwortung. Sie wollen, arbeitend und Steuern zahlend, etwas leisten, verlangen aber auch Gegenleistungen. Gegen Abstriche sind sie nicht – aber nur wenn sie gerecht begründet sind.

Modernisierung durch Aktivierung sozialer Teilhabe

Ihre Maxime *„Leistung gegen Teilhabe"* beißt sich mit der neuen Massenpsychologie, die sie als uneinsichtige Kinder, die nur am materiellen Haben interessiert sind, bevormundet. Wenn gegenüber den Wählern immer wieder betont wird, man habe ihnen doch schon – ganz zu Beginn der Regierungszeit – eine materielle Umverteilung gegeben, die sie nur leider jetzt vergessen hätten, so wird der wahre Grund der Abwendung verkannt. Es geht den meisten Milieus nicht nur um materielle Vorteile, sondern um Anerkennung und das Aushandeln auf Augenhöhe.

Wie ist es möglich, daß SPD-Kanzler Schröder die Neue Mitte so wenig kannte? Sein Auftreten war lange durch die Symbole, das Auftrumpfen und die Sprunghaftigkeit des Aufsteigers gekennzeichnet, der seine eigene einfache Herkunft jetzt von oben betrachtet. Es gibt durchaus Milieus, die sich in diesem Stil, der ja nicht nur eine Äußerlichkeit ist, wiedererkennen. Es sind die *neuen Aufsteiger*, die eine Teilgruppe, höchstens ein Drittel, des sogenannten *„Postmodernen Milieus"* (ca. 7 Prozent) bilden. Zu ihm gehören die neuen *Gewinner der globalen Modernisierung* in avantgardistischen Kultur- und Medienberufen und Unternehmen der neuen Technologien und symbolischen Dienstleistungen. Sie verstehen sich als ästhetische und kommunikative Avantgarde und wollen ihr Bedürfnis nach edlem Konsum, Erlebnis und Erfolg ohne einschränkende Verpflichtung verwirklichen. Der SPD-Kanzler muß geglaubt haben, sich hier mit einer wirklichen, von den anderen Milieus anerkannten Trendsettergruppe verbunden zu haben.

Hier hat er geirrt. Gerade die Ablehnung sozialer Verpflichtungen provoziert nicht nur die Milieus der Arbeitnehmer, sondern auch einen großen Teil der gehobenen konservativen Milieus wie auch der progressiven Bildungsmilieus. Auch sie verstehen nicht die *argumentlose* Politik („Es gibt keine Alternative!"), die bei der Bombardierung ziviler Ziele im Kosovo-Krieg viele Intellektuelle und bei der Sparpolitik viele Arbeitnehmer dauerhaft verprellte. Man wollte wenigstens einer Begründung gewürdigt und nicht einfach als Komplize von Milosevic oder wegen der Verschwendung von Steuermitteln ausgegrenzt werden. Der neue Autoritarismus, verbunden mit der argumentlosen Abwertung konkurrierender Ansichten hält selbst innerhalb der SPD an.

Es geht im Klartext darum, wie weit neoliberale Positionen, die Innovationen und Deregulierungen *ohne* soziale Gerechtigkeit wollen, das mögliche Spektrum der Sozialdemokratie repräsentieren können. Bleibt die Bildung – auch bei mehr individueller Eigenverantwortung – ein öffentliches Gut? Wird ein immer größerer Billiglohn-Sektor mit unsicheren Arbeitsverhältnissen entstehen? Wie werden die großen Kapitalvermögen an der Steuer- und Abgabenlast beteiligt? Wird ein Kasino- und Turbokapitalismus mit hohen spekulativen Risiken und ruinöser Dumping-Konkurrenz weiter begünstigt? Oder nur nachträglich saniert – wie Philipp Holzmann – anstatt, wie immerhin in den USA, eine minimale Aufsicht zu erwägen? Wird es, zur Minderung der Arbeitslosigkeit und der Prekarität, keine aktive Nachfragepolitik geben? Und vor allem: Wird sich dieser demobilisierende Politik-Stil nachhaltig ändern?

Eine Modernisierung nach undiskutierbaren objektiven Sachgesetzlichkeiten – sei es der Technik, des Marktes oder der Politik – kann keine gesellschaftlichen Kräfte mobilisieren oder gar bündeln. Wirksam ist nicht nur die erste Tendenz der Modernisierung, die Veränderung der Ökonomie durch die technologisch-wissenschaftliche Revolution und die globale Konkurrenz auf den Märkten. Wichtig sind auch die beiden anderen Entwicklungen: Auf der Ebene der *Kompetenz-Revolution*: Gerade die zunehmende Fach- und Entscheidungskompetenz auf allen Ebenen der Gesellschaft macht deutlich, wie archaisch autokratische Entscheidungshierarchien und wie notwendig Rechte der Mitbestimmung und der Gegenmächte sind. Hier besteht aber auch ein Modernisierungsbedarf: die Entbürokratisierung der Institutionen (der Gewerkschaften, der Verbände, der Betriebe usw.) nicht durch einen mysteriösen „Markt", sondern durch individuelle Mitentscheidung, durch Aushandeln, durch Dialog. Wenn die Gewerkschaften, die Kirchen, die Verbände, die Parteien, die Verwaltungen usw. zu wenig Mitarbeit in den modernen jungen Milieus finden, dann liegt es daran, daß diesen immer noch *zu selten aktiven Rollen und Perspektiven angeboten werden*. Ökonomischer Gewinn und ökonomische Risiken schaffen keinen dauerhaften sozialen Zusammenhalt und keine dauerhafte Moral.

Auf der Ebene der *Emanzipation der Lebensstile*: Bei dem dauernden Gerede über den Zerfall sozialer Zusammenhänge wird übersehen, wie intensiv gerade im Kleinen und in den Alltagsmilieus sozialer Zusammenhalt aufgebaut wird. *Alle* Institutionen sind mit der Krise, Engagement zu mobilisieren, konfrontiert. Aber *nicht alle* sind noch in dieser Krise. Viele haben diese Krise durch andere Partizipationsmodelle, im Zusammenhang auch mit einem Generationen- und Elitewechsel, überwunden.

Konkurrierende Eliten in der „Neuen Mitte"

Nicht nur die modernen Arbeitnehmermilieus, sondern auch große Milieus der Bildungseliten und der Eliten der öffentlichen Dienstleistungen sehen sich durch die Hegemoniepolitik der postmodernen Aufsteigermilieus herausgefordert oder entmotiviert. Es handelt sich dabei insbesondere um die

beiden Teilgruppen des „Liberal-Intellektuellen Milieus" im oberen Viertel des sozialen Raums: die „progressive Bildungselite" und die „moderne Dienstleistungselite" mit fünf bzw. vier Prozent. Gemeinsam ist beiden ein hohes Ethos der Leistung, der Eigenverantwortung und der Chancengleichheit und eine realistische Reformbereitschaft, durch die sie sich gegen konservative Beharrung und zu postmodernen Avantgardismus abgrenzen. Es ist bemerkenswert, wie wenig die Politik der „Neuen Mitte" diese Milieus angesprochen hat. Dabei konzentrieren sich hier nach wie vor gesellschaftliche Schlüsselfunktionen und innovative Potentiale.

Politiker und Politikerinnen der Grünen und der SPD verweisen gelegentlich darauf, daß sie diese Milieus, in denen Eigenverantwortung und solidarische Einstellungen miteinander verbunden sind, relativ klein sind und auch mehrheitlich nicht den „eigentlichen" postmodernen Trends folgen. Jedoch sind die beiden Gruppen des „liberal-intellektuellen Milieus" wie das oben beschriebene „Moderne Arbeitnehmermilieu", Milieus *von Multiplikatoren.*

Auch wenn diese beiden Milieus zusammen „nur" etwa 16 Prozent bilden, gehören sie im Alltag der Milieus zu den wichtigsten „opinion leaders", zu den Leuten, die weit häufiger als andere Verantwortung und Ehrenämter übernehmen, die sich das Vertrauen von anderen erwerben und die oft um Rat und Information gebeten werden. Die eigentliche Meinungsbildung der Gesellschaft findet hier statt, in den Netzen des Alltags – und nicht direkt durch die Medien. Als Multiplikatoren erreichen sie ein Mehrfaches ihrer eigenen Zahl.

Diese beiden von der bisherigen Politik der „Neuen Mitte" beiseitegeschobenen Milieus unterstützen, nach unserer repräsentativen Befragung zu 83 Prozent bzw. zu 88 Prozent, das Modell der „Arbeitnehmergesellschaft". Innovation und Eigenverantwortung können sie sich nur in ihrem Rahmen vorstellen. Es ist anzunehmen, daß die großen Wahlenthaltungen zuungunsten der Grünen und der SPD sich in unzähligen intensiven Diskussionen herausgebildet haben, an denen diese beiden Milieus mehr als jedes andere beteiligt waren.

Wer wie die rot-grüne Regierung auf massenpsychologische Mechanismen, Führerfiguren und mediale Meinungssuggestion setzt, ignoriert, daß die Modernisierung der Mentalitäten vor allem ein Mündigwerden gegenüber jeder Art von Bevormundung bedeutet. Der Autoritarismus im postmodernen Gewande kam zu spät – und wurde von den Wählerinnen und Wählern, wie es im Jargon hieß, „abgestraft".

Der Irrtum der Meinungsmacher liegt darin, die Interessen ihres eigenen Leitmilieus mit dem ihrer Klientel zu verwechseln. Dieses Leitmilieu der *„neuen Manager"* oder *„neuen Macher"* formiert sich gegenwärtig neu aus Unterfraktionen der modernen Aufsteiger und post-modernen Unternehmer sowie aus Politikern, Managern und Spitzenbeamten, die den eigenen Aufstieg und die Sparpolitik zu Lasten der Mehrheit sozialdarwinistisch, d.h. aus unterschiedlicher Leistungsfähigkeit, begründen. Sie wollen das Modell der wohlfahrtsstaatlichen „Arbeitnehmergesellschaft" nicht um-

bauen, sondern auf eine Art Feuerwehrsystem für die sozial Schwächsten reduzieren.

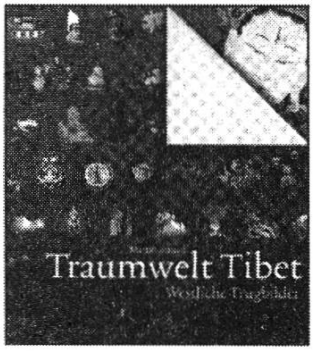
Die Aussichten der neoliberal-bürokratischen Offensive sind allerdings keineswegs sicher. Die „neuen Macher" repräsentieren nur eine Minderheit im korporativen Aushandlungssystem zwischen Kapital, Arbeit und Staat. Auch die Unternehmerverbände können nicht nur die kleine Avantgarde der „new economy" vertreten, sie müssen auch den vom Strukturwandel schwerer betroffenen Unternehmen neue Regulierungen und nicht das Allheilmittel vollständiger Deregulierung anbieten. Ebenso stehen die Gewerkschaften unter Druck, nicht nur für die neuen Niedriglohnsektoren, sondern auch für moderne Dienstleistungen mit hochqualifizierten Arbeitnehmern, nicht zuletzt auch Frauen, neue Vertragssysteme zu finden, die Flexibilität *und* Sicherheit miteinander verbinden.

Die rot-grünen „neuen Macher" können das Wahlvolk, das sich nur an Wahltagen Gehör verschaffen kann, eine Zeit lang ignorieren. Dem korporativen Kräftefeld dagegen sind sie täglich ausgesetzt. Hier müssen sie sich den Auseinandersetzungen mit den anderen Eliten, die die Interessen des Kapitals, der Arbeit, der Kultur und des sozialen Sicherungssystems anders verstehen, konkurrieren. Hinter den medial auf „Geschlossenheit" gestylten Kulissen findet derzeit das heftigste Tauziehen um die Installierung eines Niedriglohnsektors und auch über die Verwandlung der höheren Bildung in eine Exzellenzförderung für die nachwachsenden „neuen Manager" statt. Eine Mehrheit dafür gibt es nicht.

* Der Beitrag stützt sich auf aktuelle Arbeiten einer Forschungsgruppe der Universität Hannover, zu der besonders Daniel Gardemin, Helmut Bremer, Gisela Wiebke und Christel Teiwes-Kügler beigetragen haben. Ausführlichere Darstellungen erscheinen u.a. demnächst im Suhrkamp Verlag in der Neuauflage des Buches „Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel" von Michael Vester, Peter von Oertzen, Heiko Geiling, Thomas Hermann und Dagmar Müller.

Martin Brauen

Traumwelt Tibet. Westliche Trugbilder



Martin Brauen räumt in seinem Buch gründlich mit dem hiesigen Tibet-Bild auf. Dabei deckt er die ganze Bandbreite westlicher Tibetdarstellungen ab, die von Schriften der ersten Missionare bis hin zu Spielfilmen, Romanen und Comics der Neunziger Jahre reicht und selbst vor Alltagsgegenständen nicht halt macht.

2000. 296 Seiten, 96 s/w und 167 farbige Abb.,
Fr. 68.– / DM 76.– / öS 555.– ISBN 3-258-05639-0

Verlag Paul Haupt Bern · Stuttgart · Wien
Falkenplatz 14 · 3001 Bern · Telefon 031 · 301 24 25 · Fax 031 · 301 46 69
E-Mail: verlag@haupt.ch · www.haupt.ch